



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

15. Mai 1951.

P/VI/109

Einweise
auf den Inhalt:

Zum Thema Rechtsradikalismus	S. 1
US-Truppen auf Island	S. 3
Der irische Klerus und der soziale Fortschritt	S. 4
Wo die SRP siegte	S. 5
Ernst Roth	S. 7

Bürgertum ohne Programm

Kl.P.Sch. Nach dem Katastrophenjahr 1923 (Inflation, die Besetzung des Ruhrgebietes, Unruhen in Sachsen und Thüringen, Hitler-Putsch in München), eroberten die damals vorwiegend in Bayern beheimateten Nationalsozialisten und ihre norddeutschen Bundesbrüder, die sogenannten Deutschvölkischen, auf Anhieb 32 Mandate in dem am 4. Mai 1924 gewählten deutschen Reichstag. Bei den nächsten Neuwahlen am 7. Dezember 1924 schrumpfte der Rechtsradikalismus von 32 Mandaten wieder auf 14 zusammen. In den nun folgenden Jahren des Aufschwungs und der Wirtschaftskonjunktur ging sein Einfluss noch weiter zurück: bei den Wahlen vom 20. Mai 1928 zogen nur noch zwölf Nationalsozialisten in den Reichstag.

Die seit der zweiten Hälfte des Jahres 1929 spürbare Wirtschaftskrise gab jedoch der Hitler-Partei neuen Wind in die Segel. Lawinenartig wuchs in den nächsten Jahren die braune Gefahr: 107 Nationalsozialisten marschierten nach der Wahl vom 14.9.1930 in den Reichstag; rund 13 Millionen Stimmen und 231 Mandate konnte die NSDAP während der Papen-Ära als weitaus stärkste Partei am 31. Juli 1932 gewinnen. Die Krise verschärfte sich im Herbst 1932 immer deutlicher, die Ziffer der Arbeitslosen stieg und stieg, aber - erstaunlicherweise begann die braune Springflut abzubauen. Als am 6. November 1932 ein neuer Reichstag gewählt wurde, erlitten

die Nationalsozialisten zum erstenmal seit über drei Jahren eine empfindliche Schlappe: 2 1/2 Millionen Stimmen und 35 Mandate gingen ihnen verloren. Gegen Ende des Jahres befand sich der braune Parteienkoloss auch organisatorisch in voller Auflösung. Niemand hätte am Neujahrstag 1933 vorausgesagt, dass Hitler vier Wochen später zum Reichskanzler ernannt werden und damit die Macht in die Hände bekommen würde.

Was für Kutzanwendungen für die heutige Situation lassen sich aus dieser Rückerinnerung ziehen? Dass die Entwicklung keineswegs nach blind mechanischen Gesetzen verläuft, sondern dass sie selbst in einer für die Demokratie scheinbar hoffnungslosen Situation durch entsprechende Initiative gestoppt und gebremst werden kann. Es folgt aber ebenso daraus, dass man der viel zitierten politischen Unreife des deutschen Volkes, das sich in einem Moment der Verzweiflung einem Abenteuer an den Hals warf, um sich aber bereits auf dem Höhepunkt der Krise enttäuscht wieder von ihm abzuwenden, nicht allein die Schuld an der Machtergreifung des Nationalsozialismus aufbürden darf. In erster Linie verantwortlich ist das schimpfliche Versagen des deutschen Bürgertums, das den sozialen Erscheinungen der damaligen Zeit gegenüber ohne Programm war und von Tag zu Tag stärker sein Selbstbewusstsein verlor. Das Besitzbürgertum, das den gesunden und sozialen Fortschritt hasste, vertraute sich lieber einem totalitären Abenteuer an.

Soll sich eine so schamlose politische Prostitution abermals wiederholen? Die Wahlen in Niedersachsen sind nicht nur ein alarmierendes, sondern vielleicht sogar ein ganz nützliches Warnsignal, weil es künftig leichter sein wird, innerhalb der bürgerlichen Parteien die Spreu vom Weizen zu sondern. Es gibt auch trojanische Pferde des Rechtsradikalismus: sie sind nicht nur im Bundeskabinett in den traurigen Gestalten der Hellweges und Seeborns zu überführen, sondern sie laufen zu Dutzenden, ja zu Hunderten auf der mittleren Funktionärs-ebene der Deutschen Partei, der FDP und auch der CDU herum. Die Sozialdemokratie mit ihrer gerade in letzter Zeit mehrfach eindrucksvoll bewährten festen Stütze im Volk wird auch diesen Dunkelkärnern den Kampf ansagen und dafür sorgen, dass nicht abermals durch bedenkenlosen Klassenegoismus die derzeitige Torheit gewisser Wählerschichten eines Tages in politische Verbrechen umgemünzt wird.

Amerikaner auf Island

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Im Kalten Krieg ist ein neues Kapitel geschrieben worden. Am 7. Mai kletterten 5.000 amerikanische Soldaten aus riesigen Transportern und Übernahmen auf isländischen Flughäfen auf Grund eines am 5. Mai abgeschlossenen Vertrages zwischen der US- und der isländischen Regierung den militärischen Schutz der Insel.

Island, seit 1944 Freistaat, hat seit Jahrhunderten keine bewaffneten Kräfte gehabt. Auch heute hat das Land keine Armee und sogar die Polizei ist unbewaffnet. Die Insel aber ist ein wichtiger strategischer Posten am grossen Verkehrsweg über den Nord-Atlantik.

Island ist zu schwach, um mit eigenen Kräften eine militärische Landesverteidigung zu schaffen. Es hat sich daher dem Atlantikpakt angeschlossen. Der Vertrag vom 5. Mai ist die Folge dieses Entschlusses. Die Kette der zum Schutz der Seeverbindungen notwendigen Stützpunkte im Nord-Atlantik spannt sich von Schottland über die Faröer-Inseln und Island bis Grönland. Würde das Glied Island ausfallen, wäre das ganze System bedroht. Nun scheint man gefürchtet zu haben, dass im Kriegsfall die Sowjetunion Island blitzschnell besetzen und dann als vorgeschobene Basis für ihre U-Boote verwenden könnte. In der Hand der Atlantik-Mächte ist die Insel eine wichtige Basis nicht nur für die strategische Luftwaffe der USA, sondern auch für die Flotten. Wegen seiner Bedeutung einerseits, seiner Schutzlosigkeit andererseits hat Island selbst die Eingliederung in die atlantische Verteidigung verlangt und den Vertrag mit den USA freiwillig abgeschlossen. Alle Abgeordneten des isländischen Althings, des ältesten Parlamentes der Welt, haben dem Vertrag zugestimmt. Nur die wenigen Kommunisten sind natürlich dagegen gewesen. Island hat den bisherigen schutzlosen Zustand als "eine unzulässige Gefahr für das Land und ihre friedlichen Nachbarn" betrachtet, wie es in der offiziellen Erklärung der Regierung in Reykjavik heisst.

Island steht nicht zum erstenmal unter dem Schutz des Sternenbanners. Im Juli 1941 hatten die USA die Insel mit etwa 80.000 Mann besetzt. Sie bauten grosse Flugplätze, von denen der Keflavik-Flugplatz besonders bekannt war. Von dort aus operierten alliierte

Flugzeuge gegen deutsche U-Boote im Nord-Atlantik. Island war damals auch ein wichtiger Stützpunkt für die Geleitzüge, die Waffen und Munition nach Murmansk brachten. Moskau hat auf den isländisch-amerikanischen Basenvertrag heftig reagiert. Sowjetpresse und Rundfunk bezeichnen die Landung der US-Truppen als "Einleitung der vollständigen Okkupation Islands". Moskau vergisst, dass die US-Truppen 1947 die Insel wieder verliessen, als Island diesen Wunsch aussprach und nichts spricht dafür, dass sie die nicht räumen, sobald sich die internationale Lage bessern wird. Eine gewisse Unruhe hat das Erscheinen der amerikanischen Truppen auch in Schweden erweckt. Nicht dass man hier eine amerikanische "Okkupation" Islands befürchtete. Aber ein Teil der schwedischen Presse meint mit Recht, dass die Befestigung Islands den Gegensatz der Grossmächte noch mehr verschärfte und in die Nähe von Skandinavien trage.

+ + +

Der Erzbischof von Dublin und die Säuglinge

(sp) Dem "Züricher Volksrecht" entnahmen wir einen Bericht, in dem es u.a. heisst:

"Bei den letzten Wahlen vor zwei Jahren hat eine neue Partei mit einem ziemlich undefinierbaren Programm - Nationalismus, gemischt mit Sozialpolitik - einige Erfolge errungen und ist seither Mitglied der Regierungskoalition. Einer der Männer, die diese Partei in die Regierung entsandte, war der jetzt 33-jährige Arzt Dr. Noel Brown, der seine Aufgabe als Gesundheitsminister wirklich ernst nahm; dazu ist auch in dem Land aller Grund vorhanden. Es verdient vorausgeschickt zu werden, dass Dr. Brown ein guter Katholik ist und seine Erziehung in einem Jesuitenseminar genossen hat. Mit grosser Energie stürzte er sich in einen Feldzug gegen die Tuberkulose, er arbeitet ein grosszügiges Programm zur Errichtung eines Netzes moderner Spitäler aus, er begann die Krebsbekämpfung zu organisieren, er schenkte Ernährungsfragen Aufmerksamkeit. In all diesen Dingen ist Irland weit zurück. Schliesslich begann er Pläne zu erwägen, durch die die hohe Säuglingssterblichkeit herabgesetzt werden könnte. Von 1.000 Neugeborenen sterben im Freistaat Irland 83 im ersten Lebensjahr, in England nur 30. Das sind erschreckende Zahlen und sie herabzurücken einfach Christenpflicht. Dr. Brown entwarf einen Plan, in

desser Rahmen Mütter und Kinder freie ärztliche und Spitalpflege erhalten sollten. Die irische Ärzteorganisation hatte verschiedene Einwendungen, denn sie witterte in dem Plan etwas wie eine Miniaturausgabe des britischen Gesundheitsdienstes.

Aber etwas viel Ärgeres trat ein. Der Erzbischof von Dublin lud sich den Ministerpräsidenten des Landes vor und sagte ihm, daß die Kirche ein Veto gegen diesen Schritt einlegte. Um die Gesundheit der Kinder hätten sich die Eltern zu kümmern und keineswegs der Staat, und im übrigen sei Dr. Browns Programm ein "Werkzeug einer totalitären Aggression".

Das, was die Bischöfe taten, kann man viel eher als totalitäre Aggression bezeichnen, als das, was sie kritisierten. Und es war eine erfolgreiche Aggression. Zunächst klappte der Ministerpräsident Costello zusammen und sagte sich öffentlich von Browns Plänen los. Dann wurde Brown vom Führer der eigenen Partei desavouiert. Dann musste Dr. Brown demissionieren und ausserdem auch noch Bussfertigkeit äussern. "Als Katholik nehme ich die Entscheidung der Hierarchie ohne Widerspruch an", sagte er. Man glaubt den Modergeruch versunken geglaubter Jahrhunderte mit Ketzergerichten und Scheiterhaufen zu verspüren..."

+ + +

Wo die SAP siegte

H.S. Unberührt von jeder Sachkenntnis erklärte das Präsidium des Bauernverbandes nach einer Meldung aus Bonn, dass eine "Analyse" der niedersächsischen Wahlergebnisse gezeigt habe, "dass es vor allem Gegenden des Klein- und Kleinstädtlichen Besitzes sind, in denen die radikalen Parteien am meisten zugenommen haben".

An dieser Meldung ist buchstäblich jedes Wort unwahr. Zunächst kann man nicht von einer Zunahme der radikalen Parteien in Niedersachsen sprechen. Denn die KP als linksradikale Partei weist im Landesdurchschnitt nur noch den bedeutungslosen Anteil von 1,8 Prozent der Stimmen auf. Die Niedersachsenwahlen brachten also eine Verminderung der linksradikalen Stimmen, lediglich die rechtsradikalen Stimmen sind - allerdings ausserordentlich stark - gewachsen.

Die SRP erzielte ihre Wahlerfolge in Niedersachsen aufgrund einer planmässigen Netzpropaganda nördlich der Linie Osnabrück-

Hannover-Braunschweig und östlich des Emslandes. Alle Kreise, in denen die SRP mehr als 20 Prozent der Stimmen erhielt, liegen in diesem Gebiet.

Wahlkreis mit den höchsten SRP-Stimmenanteilen in Niedersachsen

Bremervörde	32.5 %	Zeven	26.2
Diepholz	32.9 %	Emden-Stadt	23.5 %
Lüneburg-Land	29.7 %	Celle-Stadt	23.2 %
Hadeln	28.0 %	Jever	21.7 %
Aurich	29.1 %	Varel	21.0 %
Lüneburg-Stadt	28.4 %	Buxtehude	20.8 %
Verden	27.7 %	Ammerland	20.8 %
Rotenburg	27.6 %		

Das Präsidium des Bauernverbandes war schlecht beraten, als es feststellte, dass die SRP besonders in den Kreisen des Kleinbauern-tums vorgestossen sei. Denn die SRP-Wahlkreise sind überwiegend aus-gesprochene Gebiete des Grossgrundbesitzes und des Grossbauerntums. Nach der amtlichen Erhebung über den Grossgrundbesitz stehen z.B. hinsichtlich des Grossgrundbesitzes folgende Kreise an der Spitze:

Grossgrundbesitz in ha

Lüneburg-Land	29.000	Rotenburg	17.000
Bremervörde	12.000	Stade	16.000
Hadeln	7.000	Ammerland	9.000
Diepholz	6.600		

Die übrigen Erfolgskreise der SRP sind ausgesprochene Kreise des Grossbauerntums. Die typischen Kreise des Kleinbauern-tums hinge-gen sind die mit Kuhanspannung wirtschaftenden Kreise Südhannovers, in denen - wie in den Kreisen Osterode, Northeim, Göttingen und Hann.Münden - die SRP nur Stimmenanteile von 3,8 bis 7,6 Prozent erreichen konnte. Hier wurden in direkter Wahl Sozialdemokraten ge-wählt, die sich als weit widerstandsfähiger gegen die SRP-Hetze erwiesen als die Kreise des Grossgrundbesitzes, in denen die DP die politische Vorherrschaft an die SRP abgeben musste.

+ + +

E r n s t R o t h

(sp) Wieder ist, diesmal unter geradezu dramatischen Umständen, ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter mitten in der politischen Arbeit gestorben. Am Montag nachmittag um 17 Uhr ging Ernst Roth, den am Freitag auf der Rednertribüne der Beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg ein Gehirnschlag getroffen hatte, still von uns, ohne noch einmal die Besinnung wieder zu erlangen. Ernst Roth hatte sich in Strassburg zu Wort gemeldet, um mit der ganzen Leidenschaft des auch persönlich Betroffenen gegen das gegenwärtige Polizeiregime an der Saar zu protestieren und um nach der Gerechtigkeit zu rufen, in deren Namen die Vertreter der westeuropäischen Staaten doch in Strassburg zusammengekommen sind. "Ernst Roth war ein glühender Europäer, aber er konnte sich Europa nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorstellen - im Kampf für diese Gleichberechtigung ist er gestorben!", sagte Dr. Schunacher, als er die Nachricht vom Tode Ernst Roths erhielt.

Ernst Roths Ableben bedeutet einen ausserordentlich schweren und politischen Verlust für die Sozialdemokratie. Von Jugend an stand der immer tätige und energische Pfälzer, der am 28. April erst seinen 50. Geburtstag gefeiert hatte, in ihren Reihen, zuerst in der Sozialistischen Arbeiterjugend, dann als politischer Journalist, als Funktionär des Reichsbanners schwarz-rot-gold, als Reichstagsabgeordneter, als Bundestagsabgeordneter und als Mitglied der höchsten SPD-Gremien im Bezirk Pfalz und im Lande Rheinland-Pfalz. Nach 1933 ging er illegal nach Strassburg und später nach Frankreich. 1945 wurde er Chefredakteur der "Saarbrückener Zeitung" und später der sozialdemokratischen "Volksstimme" in Saarbrücken, bis er wegen seines Widerstandes gegen die französische Saarpolitik am 5. Oktober 1948 aus dem Saargebiet ausgewiesen wurde. In seine Pfälzer Heimat zurückgekehrt, wurde er zum Landrat von Frankenthal ernannt. Aber auch von der Pfalz und von Bonn aus galt seine politische Tätigkeit vornehmlich der Saar. Er gehörte der Saarkommission des SPD-Vorstandes und zuletzt auch der offiziellen SPD-Delegation beim Saizacher SPD-Parteitag an.

Ernst Roths Wahlkreis Neustadt-Stadt und -Land wird in wenigen Wochen seinen Nachfolger in den Bundestag zu entsenden haben. Bei der letzten Landtagswahl am 29. April 1951 stimmten die Neustädter mit 50.0% für die SPD. Sie werden im Gedenken an Ernst Roth an die Wahlurne gehen.